

"Was macht für uns das soziale Basel aus?"

Die SP Basel -Stadt zur Zukunft der Sozialleistungen im Kanton Basel-Stadt

Positionspapier

Sozialdemokratische Partei Basel-Stadt

Rebgasse 1, Postfach, 5005 Basel
Telefon 061 685 90 22
Telefax 061 685 90 29
Postcheck 40-1398-8
e-mail sekretariat@sp-bs.ch
<http://www.sp-bs.ch>

Ausgangslage / Problemstellung:

- ständig wachsende Ausgaben im ganzen Sozialbereich, insbesondere durch eine wachsende Anzahl von SozialhilfebezügerInnen. Basel hat überdurchschnittlich viele Personen, welche Sozialhilfe beziehen müssen. Dies ist in der Struktur unserer Stadt begründet. Der rasante wirtschaftliche Umbruch in der Industrie hat zu Verlust an Lehr- und sonstigen Stellen für Junge sowie Arbeitsplätzen für Ältere geführt; vor allem nicht voll belastbare Menschen finden kaum existenzsichernde Arbeitsplätze. Trennung/Scheidung, Kinderbetreuung und Kinderunterhalt bringen auch Menschen aus dem Mittelstand in Sozialhilfeabhängigkeit. Basel entfaltet wie jede Stadt eine Sogwirkung u.a. mit breiteren Verdienstmöglichkeiten und einer gewissen Anonymität, mit der städtischen Infrastruktur, mit einem guten Beratungsangebot von nichtstaatlichen Institutionen.
- Sozialhilfe Basel verzeichnet wachsenden KlientInnen-Zustrom und Ausgaben, welche das Budget 2003 massiv überschreiten lassen.
- Wachstum im einen Bereich der Sozialausgaben muss teilweise in anderen sozialen Bereichen kompensiert werden (Sparvorgaben pro Aufgabenfeld bzw. für das WSD durch Regierung)
- Sparvorgaben der Regierung im Sozialbereich führen nur in einem geringen Teil zu Vorlagen für den Grossen Rat
- Stellenplafonierung führt dazu, dass bei der Sozialhilfe die Dossiers pro Sozialarbeiter/in ständig wachsen: echte inhaltliche Arbeit ist nur noch mit einem Bruchteil der Klientenschaft möglich
- Missbrauchs-Geschichten werden politisch hochgefahren (z.B. durch SVP im IV-Bereich) und sollen die Basis für Abbau in diesen Bereichen bilden

Vor diesem Hintergrund verschliesst sich die SP nicht der Notwendigkeit, auch Leistungen im Sozialbereich einer Überprüfung zu unterziehen.

Wir halten die am 18. Mai 2004 präsentierten Sparvorgaben der Regierung des Kantons BS aber für sehr fragwürdig.

Thesen zum "Sozialen Basel in Zeiten des Abbaus"

These 1:

Das sog. "Soziale Basel" ist nicht mehr sehr sozial.

- Die SKOS*-Studie "Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz" listet Basel im hinteren Mittelfeld auf. Die Leistungen im Sozialbereich müssen im Gesamtzusammenhang gesehen werden, nicht nur z.B. Sozialhilfe und Subventionierung von Kinderbetreuung oder Krankenkassenprämien jeweils für sich allein.
- Basel hat hohe Ausgaben im Sozialbereich, weil wir so viele BezügerInnen und hohe Krankenkassenprämien haben, nicht weil wir zu grosszügige Leistungen ausrichten. Das sollte offensiver kommuniziert werden.

Die SP hält es in der heutigen Situation (Freizügigkeit, Staatsfinanzen), nicht für nötig, systematisch bessere Leistungen zu erbringen als der schweizerische Durchschnitt. Aber es darf auch nicht unser Ziel sein, das die Basler Sozialleistungen am unteren Leistungsniveau rangieren mit der Illusion, damit LeistungsbezügerInnen von der Stadt fernhalten zu können. Wir sollten im Schnitt mindestens das heutige Leistungsniveau halten können. Wir wollen nicht, dass Basel-Stadt bei kantonalen Vergleichen noch weiter auf die hintersten Listenplätze abrutscht.

These 2:

Eine Verringerung des Anteils an Sozialhilfeempfangenden erreicht Basel nicht mit Leistungsabbau im Sozialbereich, sondern auch mit einer sinnvollen Stadtentwicklungspolitik.

- Basel hat überdurchschnittlich viele Personen, welche Sozialhilfe beziehen müssen. Dies ist in der Struktur unserer Stadt begründet, nicht mit besonders grosszügigen Leistungen in der Sozialhilfe. Diese liegen bereits heute teilweise unter dem schweizerischen Durchschnitt der SKOS-Richtlinien*.
- Zu viele zu kleine Wohnungen führen teilweise zur heutigen Bevölkerungsstruktur.

Die SP will bauliche Umstrukturierungen gewisser Quartiere fördern und sich neben günstigem Wohnraum auch für attraktiven Wohnraum insbesondere für Familien einsetzen.

These 3:

Es braucht grundsätzliche Reformen auf eidgenössischer Ebene, um die mangelhaften Übergänge zwischen den einzelnen Sozialwerken aufzufangen. Ausserdem sind für neue Sozialleistungen gesamtschweizerische Lösungen anzustreben.

- Heute funktionieren Sozialleistungen und die Tatsache, dass sie ungenügend aufeinander abgestimmt sind, oft kontraproduktiv. Systemfehler und deaktivierende Ansätze (z.B. dass "bestraft" wird, wer arbeitet) müssen beseitigt werden.
- Das Zusammenwirken von Sozialsystemen und Steuersystemen ist nicht optimal.
- Die Hürden, neue Lösungen kantonale einzuführen, sind aufgrund unserer Kleinräumlichkeit relativ hoch.

Die SP setzt sich dafür ein, dass in erster Linie auf schweizerischer Ebene folgende Leistungen verwirklicht werden:

- Mutterschaftsversicherung
- Familienergänzende Leistungen (z.B. auf EL-Basis)
- Vereinheitlichung und Erhöhung von Kinderzulagen
- existenzsichernde Mindestlöhne

These 4:

Nicht der Mangel, sondern die vorhandenen Ressourcen müssen Ansatzpunkt für leitende Interventionen im Sozialbereich bilden.

- Leistungs-Gegenleistungsmodelle sind möglich: Die Ausrichtung von Sozialhilfe darf an zumutbares Engagement von Klientinnen und Klienten geknüpft werden, auch im Sinne von Aktivierung. Allerdings müssen Zumutbarkeit und Ausschlussgründe von verpflichtenden Gegenleistungen individuell geprüft werden.
- Vermehrt müsste das ressourcen- und lösungsorientierte Arbeiten mit KlientInnen im Vordergrund stehen.

Die SP unterstützt den Wandel vom leistenden zum aktivierenden Sozialstaat. Die Sozialsysteme sind entsprechend anzupassen.

These 5:

Die nicht-monetäre Unterstützung von Hilfsbedürftigen ist entscheidend.

- Trotz "nur" noch durchschnittlichen Leistungen muss das Organisations-System dahinter professionell und effizient sein. Insbesondere die Beratungen der Hilfesuchenden müssen mit fachlichem Hintergrund erfolgen und auf den Aktivierungsgedanken ausgerichtet sein, denn das bietet die grösste Gewähr, dass rascher Ablösungen von der Sozialhilfe erfolgen können.

- Das System, durch welches Sozialleistungen in Anspruch genommen werden können, muss leistungsfähig und kundenfreundlich sein.
- Für Beratung und Förderung sind Investitionen, z.B. der Mehreinsatz von Fachpersonal, erforderlich

Die SP lehnt zusätzliche Hemmschwellen, um Sozialleistungen geltend zu machen, ab. Sozialhilfe muss in einem fairen und transparenten Verfahren ausgerichtet werden. Es darf keine Rückkehr zum beschämenden Charakter des Gangs auf das Sozialamt geben. Die Verstärkung der Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen im Umfeld der Sozialhilfe kann die Effektivität von Unterstützungsmassnahmen steigern. Case Management und Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) sind unbedingt weiterzuverfolgen.

These 6:

Viele, die Sozialhilfe empfangen, wollen (mehr) arbeiten, aber es fehlt an entsprechenden Arbeitsplätzen im Ersten Arbeitsmarkt.

- Es muss trotz Leistungseinschränkungen weiterhin investiert werden in die Arbeitsintegration und (motivierende, nicht abschreckende) Anreizsysteme. Damit kann am nachhaltigsten Sozialhilfe eingespart werden.
- Eine Konzentration der Integrationsbemühungen muss bei Jugendlichen und Jungen Erwachsenen erfolgen: Hier ist insbesondere auch auf die soziale Integration zu achten, damit ein weiteres Abgleiten verhindert wird. Tagesstrukturen zur Stabilisierung sind notwendig, bei ausländischen Jugendlichen sind mit Deutschkursen die Voraussetzungen für Arbeitsintegration zu schaffen.
- Neben der klientInnenbezogenen Sozialarbeit braucht es auch Anstrengungen bei Wirtschaft und Gewerbe. Es braucht Arbeitsplätze, welche leistungsreduzierten oder niedrig qualifizierten Arbeitswilligen eine Einkommensmöglichkeit bieten.

Die SP erachtet die Arbeitsintegration für zentral. Sie unterstützt Massnahmen, die dazu führen, dass sozial Schwache im Arbeitsprozess gehalten oder darin integriert werden können. Sie setzt sich für die Schaffung von Lehrstellen und sonstigen für den Ersteinstieg geeignete Arbeitsplätze sowie für sorgfältige Berufsabklärung und Motivationstrainings ein.

These 7:

Wie in anderen staatlichen oder privaten Leistungssystemen gibt es auch in der Sozialhilfe Missbrauch.

- Missbrauch der Sozialhilfe schadet den Ehrlichen und untergräbt die gesellschaftliche Solidarität mit den Schwachen. Der finanzielle Schaden der für den Staat

entsteht, ist schwierig abzuschätzen. Er ist aber mit Bestimmtheit deutlich kleiner als der Schaden welcher durch Steuerhinterziehung entsteht.

- Interventions- und Kontrollmöglichkeiten sind besonders dann sinnvoll, wenn sie mit Aktivierung und Integrationsmassnahmen für die Betroffenen verbunden werden.

Die SP will effektiv vorliegenden Missbrauch bekämpfen und gesetzlichen Anspruch auf Sozialhilfe gewährleisten.

These 8:

Globalbudgetierung funktioniert im Bereich der Sozialhilfe nicht

- Der Anspruch auf Sozialhilfeleistungen ist gesetzlich verankert. Die Höhe der Kosten richtet sich nach den Fallzahlen. Budgetplafonierungen und Sparvorgaben führen bei steigenden Fallzahlen zu ungerechtfertigten Leistungssenkungen oder weiter steigenden Fallzahlen pro BeraterIn, wodurch eine echte Begleitung verunmöglicht wird.
- Stelleneinsparungen (als Folge von globalen Sparvorgaben) bei wachsenden KlientInnenzahlen sind kontraproduktiv.
- Nicht verwehrt sein soll es, dass mit Basler Unterstützung die SKOS-Richtlinien* gesamtschweizerisch in gewissen Bereichen angepasst werden (z.B. tiefere Leistungen für Junge Erwachsene).

Die SP verlangt, dass Sparvorschläge bei der Sozialhilfe auf der Basis des Leistungsniveaus gegenüber Sozialhilfe-BezügerInnen nach den SKOS-Richtlinien beurteilt werden. Leistungsabbau bei den Sozialhilfe-Ansätzen, welcher von den SKOS-Richtlinien nicht gedeckt ist, akzeptieren wir nicht (z.B. Kürzung des Grundbedarfs). Globalbudget-Sparvorgaben bei der Sozialhilfe lehnen wir ab.

* SKOS – Schweiz. Konferenz für Sozialhilfe

(mit Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe der SKOS)

Im Parteivorstand verabschiedet am 25. Mai 2004

Unter Mitwirkung:

- Gabi Mächler (Redaktion)
- Silvia Schenker
- Elisa Streuli
- Christoph Brutschin
- Ralph Lewin
- Rolf Mägli
- Peter Schwendener
- Ruedi Spoendlin